



Nominiert für den Das Bundesministerium für Inneres (BMI) unter Leitung von Johanna Mikl-Leitner für den menschenunwürdigen Umgang mit Schutzsuchenden des Jahres 2015

Das Verhalten des **Bundesministerium für Inneres** (BMI) im Bereich der Asylpolitik erweckte die vergangenen Monate den Eindruck, es ginge nicht um den Schutz der Flüchtenden, sondern um deren Abwehr. Dieser Eindruck wurde und wird erweckt durch die menschenunwürdigen Konditionen, mit denen Asylsuchende konfrontiert waren und sind, insbesondere mangelnde Versorgung bis hin zu Obdachlosigkeit durch unzureichende Unterkunftsbereitstellung, sowie durch medial kommunizierte Unterstellungen, den Flüchtenden würde es in Wahrheit gar nicht um Schutz gehen. Des Weiteren hält das BMI daran fest, AsylwerberInnen durch profitorientierte Unternehmen betreuen zu lassen, ermöglicht somit privaten InvestorInnen Geld mit der Not von Flüchtenden zu machen. Einer der zentralen Profiteure dieser Politik ist die ORS Service GmbH.¹

Das **Bundesinnenministerium** (BMI) hat, obwohl es wusste, dass in naher Zukunft aufgrund der Konflikte in Syrien und Irak und anderen Krisenregionen die Anzahl der AsylwerberInnen ansteigen würde², die für eine menschenrechtskonforme Betreuung von AsylwerberInnen notwendigen Kapazitäten nicht ausgebaut. Vielmehr wurde der Eindruck erweckt, dass man die katastrophalen Verhältnisse, die sich angesichts des

fehlenden Kapazitätenausbaus bei steigenden AsylwerberInnenzahlen notwendigerweise ergeben mussten, dafür nutzen wollte, um für Verschärfungen des Asylgesetzes zu werben. Bereits Anfang des Jahres wurde an einer solchen Verschärfung gearbeitet³ und diese Ende Mai 2015 im Nationalrat verabschiedet. U.a. wurde dabei das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) dazu in die Lage versetzt, "auf Grund besonderer, nicht vorhersehbarer Umstände" von der Versorgung der AsylwerberIn abzusehen⁴. Von dieser Möglichkeit wurde, wie sich noch zeigen wird, 2015 Gebrauch gemacht. Weitere Kritikpunkte an der im Juli in Kraft getretenen Novelle lassen sich etwa der gemeinsamen Stellungnahmen von *asylkoordination*, *Diakonie.Flüchtlingsdienst*, *Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar*, *SOS Mitmensch* und *Volkshilfe* entnehmen⁵.

Noch vor Inkrafttreten dieser Novelle ließ das BMI. unter Leitung von Johanna Mikl-Leitner im Vorfeld eines EU-Innenministerrats verlauten, dass Asylanträge in Zukunft nicht mehr bearbeitet werden würden⁶. Verschiedene NGOs sahen darin „eine politische Bankrotterklärung auf dem Rücken

¹ <https://www.falter.at/falter/2011/07/12/profit-mit-not/>

² „Durch die anhaltend dramatische Situation in Syrien, im Irak und anderen Krisenregionen steigt die Zahl der Kriegsflüchtlinge in ganz Europa...“
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Presse/news/ausse-ndungen.aspx?id=3071436D576B35543248633D&page=15&view=1

³ <http://www.plattform-rechtsberatung.at/index.php/de/20-presse/166-kritik-an-verschaerfung-des-oesterreichischen-asylverfahrens>

⁴ <http://no-racism.net/article/4905/>

⁵ https://fluechtlingsdienst.diakonie.at/sites/default/files/agenda_asyl_stellungnahme_03-2015.pdf

⁶ <http://www.ecre.org/component/content/article/70-weekly-bulletin-articles/1089-austria-stops-processing-asylum-requests-in-political-move-to-pressurise-eu-member-states.html>

Schutzsuchender⁷. Die Kritik, dass das Nichtbearbeiten von Asylanträgen rechtswidrig sei, wurde von Mikl-Leitner zurückgewiesen: Man wolle lediglich Dublin-Fälle prioritär behandeln⁸. Doch auch die *Presse* schrieb: „Ein Stillstand bei den neuen Ansuchen ist damit also programmiert.“⁹

Die Fokussierung auf Rück- und Abschiebungen des BMI soll, da ist man offen, Österreich für Asylsuchende unattraktiv machen¹⁰. Das BMI scheint der Ansicht zu sein, dass die Bedingungen für AsylwerberInnen in Österreich nur schlecht genug sein müssten, damit diese nicht mehr nach Österreich fliehen. Damit einher geht die Formulierung des Verdachts, dass es vielen Flüchtlingen gar nicht um Schutzsuche gehen würde. So ist über Monate hinweg immer wieder die Rede von „Menschen, denen es nicht um Schutz, sondern um wirtschaftliche Motive geht“¹¹ sowie „Asyl-Optimierung“¹²: „Was derzeit stattfindet, ist aber oft keine Schutzsuche mehr, sondern die Suche nach dem wirtschaftlich attraktivsten Land.“¹³

Auch in Bezug auf die Betreuungsstelle Traiskirchen, die von der ORS Service GmbH betreut wird, erweckte die Politik des BMI den Eindruck, auf Abschreckung zu setzen. Phasenweise waren mehr als 2.000 Menschen

in Traiskirchen obdachlos und mussten zum Teil ohne Zelte im Freien schlafen.

Ende Juli 2015 schaltete sich UNHCR Österreich ein: „Rund 2.200 Menschen, die Krieg und Gewalt entkommen sind, darunter auch Frauen und Kinder, sind in der Betreuungsstelle Traiskirchen mittlerweile akut obdachlos und verbringen Tag und Nacht im Freien. Diese Situation ist untragbar, gefährlich und menschenunwürdig. Es braucht äußerst rasch kurzfristige Übergangslösungen, um die Obdachlosigkeit in Traiskirchen zu beenden“, so der Leiter von UNHCR Österreich Christoph Pinter¹⁴. Amnesty International Österreich stellte in seinem Bericht fest: „Die vorhandenen Einrichtungen sind hinsichtlich der Ausstattung mit Betten, der Gesundheitsversorgung, der sanitären Einrichtungen und Betreuung, vor allem für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge inadäquat.“¹⁵

Am 5. August 2015 verhängten die Behörden einen Aufnahmestopp für die Betreuungsstelle Traiskirchen. Nun waren die Schutzsuchenden nicht mehr in der Betreuungsstelle Traiskirchen obdachlos, sondern außerhalb der Betreuungsstelle¹⁶. Im September wurde dies offiziell. So berichtete die Diakonie: „Seit vergangenem Wochenende gibt BMI offizielle Bescheinigung für Obdachlosigkeit aus“¹⁷, und weiter: „Menschen die seit dem vergangenen Wochenende einen Asylantrag stellen, sind offiziell obdachlos. Sie erhalten sogar eine

⁷http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4754151/Asyl_Oesterreich-soll-unattraktiver-werden

⁸<http://www.asylumineurope.org/news/15-06-2015/austria-bundesasylamt-suspends-processing-new-asylum-applications>

⁹http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4754151/Asyl_Oesterreich-soll-unattraktiver-werden

¹⁰<http://www.tt.com/politik/innenpolitik/10140680-91/mikl-leitner-stoppt-neue-asylverfahren.csp>

¹¹http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Presse/news/ausendungen.aspx?id=347A39395945786E6B736B3D&page=0&view=1

¹²<http://kurier.at/politik/eu/fluechtlinge-mikl-leitner-will-dublin-konsequent-anwenden/153.660.203>

¹³<http://kurier.at/politik/inland/oevp-legt-scharfes-asyl-gesetz-vor/156.416.088>

¹⁴<http://www.unhcr.at/presse/pressemitteilungen/artikel/daa75e69c2cb7c397532a5e2b42a3e00/unhcr-appelliert-keine-weiteren-asylsuchenden-mehr-nach-traiski.html>

¹⁵https://www.amnesty.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=332

¹⁶http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4837855/Caritas_Aufnahmestopp-des-Bundes-rechtswidrig

¹⁷<http://diakonie.at/presse-pr/presstexte/diakonie-eklatante-quartiernot-fuer-asylwerber-ist-nun-amtlich>

offizielle Bescheinigung, dass sie selber für eine Meldeadresse sorgen müssen. Spätestens jetzt ist die Situation der neu ankommenden Flüchtlinge in Österreich völlig untragbar geworden“.

Der Menschenrechtsbefund 2015 bestätigt: „AsylwerberInnen erhielten eine schriftliche Information des BFA ausgehändigt, wonach aus gegebenen Anlass darauf hingewiesen wird, dass es derzeit nicht möglich ist, Ihnen einen Betreuungsplatz in einem der Verteilungsquartiere des Bundes zuzuteilen [...] Sie werden jedoch unter Hinweis auf die Mitwirkungspflicht gemäß § 15 Abs.1 AsylG 2005 darum ersucht, [...] ehestmöglich Ihren Aufenthaltsort bekannt zu geben.“¹⁸

„Anstatt finanzielle Mittel frei zu machen und damit für Unterkünfte und Versorgung zu schaffen, verbannt das Innenministerium AsylwerberInnen in die Obdachlosigkeit“, kommentieren engagierte FlüchtlingshelferInnen aus der Zivilgesellschaft.¹⁹

Zu Recht weist die Diakonie auch darauf hin, dass Asylsuchende, die nicht in Bundesbetreuung sind, nicht krankenversichert sind. Besonders bedenklich ist das natürlich wenn es sich, wie die Diakonie berichtet, „Familie mit kleinen Babies und auch sehr alte Menschen“²⁰ handelt. Keine drei Monate nach Inkrafttreten der letzten Novelle wurde eine weitere Novelle debattiert, und das obwohl der Österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) schon in der Stellungnahme zur am 20. Juli 2015 in Kraft getretenen Novelle klar und deutlich formuliert hatte: „Rasche, kostengünstige und zugleich faire Verfahren scheinen jedenfalls bei einer Fortschreibung

¹⁸ http://www.liga.or.at/wp-content/uploads/Menschenrechtsbericht2015_Final_Web.pdf S. 21f

¹⁹ <http://no-racism.net/article/4905/>

²⁰ <http://diakonie.at/presse-pr/presstexte/diakonie-eklatante-quartiernot-fuer-asylwerber-ist-nun-amtlich>

der Novellenwut des Gesetzgebers auf viele Jahre hinaus nicht mehr denkbar.“²¹

Der neue Gesetzesentwurf sieht zum einen ein „Asyl auf Zeit“ vor. Dieses wird vom UNHCR Österreich abgelehnt²². Das gleiche gilt für die weiteren angedachten Änderungen, die den Familiennachzug erschweren sollen.

Auch im Menschenrechtsbefund 2015 wird festgehalten: „Bei der Einschränkung des Familiennachzugs ist zu befürchten, dass das Recht auf Familienleben des Art 8 EMRK nicht mehr gewährleistet wäre und dass mehr besonders schutzbedürftige Flüchtlinge-wie Frauen und Kinder -auch auf dem gefährlichen und illegalen Weg kommen werden.“²³ Nicht zuletzt äußerte auch das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in seiner Stellungnahme Bedenken²⁴.

Kaum war der Gesetzesvorschlag auf dem Tisch, warb Innenministerin Mikl-Leitner in Wortmeldungen eine weitere Beschneidung des Menschenrechts auf Asyl: „Wir müssen uns auch in naher Zukunft auf eine europäische Höchstgrenze für Flüchtlinge einigen.“²⁵

Dies obwohl – etwa aus der auch in Deutschland laufenden Debatte – bekannt ist: „(D)ie Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention stehen einer solchen Obergrenze eindeutig entgegen.“^{26,27}

²¹ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/SN/ME/SNME_02701/imfname_387948.pdf

²² http://www.unhcr.at/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/4_oesterreich/4_2_asyl_positionen/4_2_4_positionen_ab_2011/FR_AUS_Positionen_AsyNov2015_2.pdf

²³ http://www.liga.or.at/wp-content/uploads/Menschenrechtsbericht2015_Final_Web.pdf S. 22

²⁴ http://bim.lbg.ac.at/sites/files/bim/attachments/stellungnahme_bim_asylgesetz_2015-11-30.pdf

²⁵ <http://kurier.at/politik/inland/oevp-legt-scharfes-asyl-gesetz-vor/156.416.088>

²⁶ <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/stellungnahme-obergrenze-beim-recht-auf-asyl->

Auf Nachfrage von NeSoVe teilte das BMI in einer Stellungnahme mit „dass aufgrund der derzeit herausfordernden Zeit im Asyl- und Grundversorgungsbereich sowie des damit verbundenen hohen Arbeitsaufkommens eine Beantwortung dieser Anfrage in Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes leider nicht erfolgen kann.“ Das BMI verweist auf zahlreiche allgemeine Informationen²⁸

Auch hält das BMI daran fest, AsylwerberInnen durch profitorientierte Unternehmen betreuen zu lassen, ermöglicht somit privaten InvestorInnen Geld mit der Not von Flüchtenden zu machen.

Als „Profit mit Not“²⁹ beschreibt der Falter schon 2011 die Arbeit von profitorientierten Unternehmen, die sich mit Flüchtlingsbetreuung befassen. Darin wird das BMI kritisiert, denn es „tut alles dafür, dass karitative Organisationen beim millionenschweren Auftrag nicht zum Zug kommen“. Die Ausschreibung sei ein „Knebelvertrag“ und beinhalte „Maukorbbestimmungen“ wird der (damalige Anm.) Wiener Caritas-Chef Michael Landau

[in-deutschland-verstoest-gegen-grund-und-menschenrec/](#)

²⁷http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/obergrenzen_setzen_menschenrechte_ausser_kraft

²⁸ Brief des BMI GZ.: BMI-FW1000/0828-III/9/a/2015 vom 11. Jänner 2015: „... bereits ergangene Beantwortungen von parlamentarischen Anfragen ...

(<https://www.parlament.gv.at/PAKT/JMAB/>).

... „Faktencheck“ vom 26. August 2015 ...:

<http://www.bmi.gv.at/cms/BMI/news/BMI.aspx?id=55314B61626959536234413D&page=0&view=1>

Bezüglich der Schaffung sicherer Fluchtwege und der Bekämpfung von Schleppern darf auf das vom BMI vorgeschlagene Projekt „Save Lives“ hingewiesen werden:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI/Asyl_Betreuung/save_lives/start.aspx Allgemeine und aktuelle Informationen ...auf der BMI Homepage...:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI/Asyl_Betreuung/news/BMI.aspx “

²⁹ <https://www.falter.at/falter/2011/07/12/profit-mit-not/>

zitiert: „Es ist offensichtlich nicht gewünscht, dass kritische NGOs mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Flüchtlingsbetreuung zum Zug kommen“, sagt er. Dem künftigen Betreuer ist Öffentlichkeitsarbeit demnach untersagt, was dazu führt, dass er zum Thema Asyl keine Stellung mehr nehmen darf.³⁰ Weiters war eine Bewerbung mehrerer NGOs als Konsortium ausgeschlossen. Wie es im Akt in einer Fußnote mit Verweis auf einen „echten Wettbewerb“ heißt, sind zwei Unternehmen, die im selben Sektor tätig sind, von einer Bietergemeinschaft ausgeschlossen, also etwa Caritas und Diakonie.³¹ Das BMI gab tatsächlich dem profitorientierten Unternehmen ORS Service GmbH den Zuschlag.

Die Welle an Hilfsbereitschaft, die im Sommer und Herbst 2015, in ganz Österreich zu beobachten war, zeigt eindrücklich, wie ehrenamtliches und gemeinnütziges Engagement die Bewältigung von Krisen ermöglichen. Bei profitorientierten Unternehmen liegt – das liegt in der Natur der Sache – die Priorität auf ihren Profiten, und nicht wie bei Non Profit Organisationen auf der Erfüllung ihres in den Statuten festgehaltenen Zwecks. ORS selbst schreiben in ihrer Stellungnahme vom 4.1.2016 dazu: „Menschlichkeit und respektvoller Umgang mit Menschen sind die Basis in der Asylbetreuung unabhängig von der Organisationsform.“ Und verweisen auf Qualifikation und BAGS-Kollektivvertrag ihrer MitarbeiterInnen.

Die ORS Service GmbH ist als Tochter des „klar auf Profit ausgerichteten Schweizer Unternehmens“³² ebenso ein profitorientiertes Unternehmen das 2014 bei einer Bilanzsumme von 12,1 Millionen einen

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd.

³² http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4801223/Traiskirchen_Viel-Leid-bringt-einem-Unternehmen-viel-Geld

Bilanzgewinn von einer Million ausweist. 500.000 Euro davon werden an die Gesellschafter ausgeschüttet³³.

Auf Nachfrage zu ihren im Jahr 2014 und 2015 generierten Unternehmensgewinnen nimmt die ORS wie folgt Stellung: „Das sind unternehmensinterne Informationen, die wir nicht veröffentlichen.“

Forderungen von NeSoVe:

- Keine Auslagerung der Flüchtlingsbetreuung an profitorientierte Unternehmen.
- Bevorzugung gemeinnütziger Organisationen bei der Vergabe von öffentlichen Dienstleistungen
- Die Grundversorgung muss dringend ausgeweitet und professionalisiert werden. Es müssen genug Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden, sodass Schutzsuchende ein menschenwürdiges und eigenständiges Leben führen können: dies betrifft vor allem die Bereiche Wohnen, Bildung und ernstgemeinte Integrationsangebote. Selbstbestimmung erfordert aber auch realistische Möglichkeiten, für sich selbst und seine Familie zu sorgen, weswegen der Arbeitsmarkt für Flüchtlinge nach sechsmonatigem Aufenthalt geöffnet werden soll.
- Ebenso dringend notwendig sind eine Reform des Asyl- und Fremdenrechts sowie ein bereits von zahlreichen NGOs gefordertes Krisen- und Notfallmanagement.
- NeSoVe fordert daher die unverzügliche Umsetzung des 6 Punkte Sofortmaßnahmenkatalogs zur Grundversorgungsmisere 2015 von Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz, Volkshilfe, Arbeitersamariterbund, Integrationshaus, asylkoordination, Don Bosco

Flüchtlingswerk Austria und SOS Mitmensch.³⁴

- Die Umsetzung der Forderungen der Initiative „Gegen Unmenschlichkeit“, von 11 NGOs.³⁵
- Die Umsetzung der Forderungen des Europäischen Flüchtlingsrats (ECRE) - 90 NGOs - für sichere Einreisemöglichkeiten und solidarische Verteilung in Europa.³⁶

³³ <http://orf.at/stories/2304813/>

³⁴ http://www.asyl.at/fakten_2/6punkte_sofortmassnahmenkatalog_0615.pdf

³⁵ <http://gegen-unmenschlichkeit.at/>

³⁶ http://www.asyl.at/fakten_1/asyl_2016_01.htm